

NACHRICHTEN

**Online-Händler müssen Elektroschrott annehmen**

Berlin. Für ausgediente Elektrogeräte gibt es ab diesem Montag eine weitere Rückgabemöglichkeit. Ob Föhn oder Telefon – Geräte bis zu einer Kantenlänge von 25 Zentimetern können dann auch zu Online-Händlern geschickt werden, die sie unentgeltlich entsorgen müssen. Damit greift nach einer Übergangsfrist auch für Internetanbieter mit einer Lagerfläche von mehr als 400 Quadratmetern ein Gesetz, das für mehr Recycling sorgen soll. Für den stationären Handel gilt die Rücknahmepflicht schon seit vorigem Herbst. Die Händler müssen die Kleingeräte unabhängig davon annehmen, ob der Kunde bei ihnen etwas kauft. Bei Geräten über 25 Zentimeter Kantenlänge gilt die Rücknahmepflicht nur, wenn gleichzeitig ein ähnliches Gerät gekauft wird. Nach wie vor nehmen auch die kommunalen Recyclinghöfe Elektroschrott an. (dpa)

**Autokäufer halten sich bei E-Auto-Kaufprämie zurück**

Berlin. Das Interesse von Autokäufern an der Prämie für Elektroautos ist weiter verhalten. Drei Wochen nach dem Start seien beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) 1234 Anträge eingegangen, berichtete die Bild-Zeitung (Sonnabend). Die Nachfrage sei „verhalten“, zitierte die Zeitung einen Bafa-Sprecher. Verbraucher können seit Anfang Juli die Kaufprämie für Elektroautos beantragen. Die Förderung gilt rückwirkend für E-Autos, die seit dem 18. Mai gekauft wurden. Für reine Elektrofahrzeuge mit Batterie gibt es 4000 Euro „Umweltbonus“, bei Hybridautos sind es 3000 Euro. (dpa)

**Wer keine Quittung schreibt, wird hart bestraft**

Athen. Griechische Geschäftsinhaber, die keine Quittung ausgeben, um die Mehrwertsteuer in die eigene Tasche zu stecken, müssen diesen Rechtsverstoß ab 25. Juli teuer bezahlen. Für jede nicht ausgegebene Quittung muss unabhängig von ihrer Höhe eine Strafe von 250 Euro gezahlt werden. Wird ein Unternehmen binnen fünf Jahren erneut erwischt, wird die Strafe verdoppelt, beim dritten Verstoß sind 1000 Euro fällig. Bislang galt, wer keine Quittung ausgab und erwischt wurde, musste die Hälfte der Mehrwertsteuer dieser nicht ausgegebenen Quittung zahlen. (dpa)



Kati Bauer hat ihr Unternehmen „Die Brillenbauer“ in den vergangenen Jahren zu großen Erfolgen geführt. Mittlerweile führt die Frau aus Flöha die größte aus Sachsen stammende Optiker-Kette.  
Foto: Steve Conrad

**Mit Weitblick**

Wie ein kleiner Optikerladen in Flöha sich zum Unternehmen mit 16 Filialen in ganz Sachsen entwickelt hat.

VON THOMAS REIBETANZ

Anfang August bekommt auch Waldheim bei Döbeln eines der Geschäfte mit dem markanten schwarz-roten Schriftzug. „Die Brillenbauer“ wird dann über der Eingangstür stehen. Es ist die 16. Filiale des Unternehmens, das seine Wurzeln in Flöha (Mittelsachsen) hat. Chefin Kati Bauer schreibt damit an einer Erfolgsgeschichte weiter, die in Zeiten des Internethandels ihresgleichen sucht.

Beginnen hat sie vor zwölf Jahren. Damals setzte die frischgebackene, aber arbeitslose Augenoptikermeisterin Kati Bauer alles auf eine Karte. Die heute 38-jährige kämpfte für einen Bankkredit, um ein kleines Optikergeschäft in Flöha zu übernehmen. „Um die betriebswirtschaftlichen Zahlen habe ich mich damals nicht gekümmert“, blickt Kati Bauer zurück. „Ich wollte das machen und habe keinen Gedanken

daran verschwendet, welches Risiko es mit sich bringen könnte.“

Aber sie hatte eine Vision. Ganz nah am Kunden wollte sie sein. Die persönliche Beratung sollte im Vordergrund stehen. Und das alles in einem Ambiente, in dem sich zuallererst die Kunden, aber auch die Mitarbeiter wohlfühlen. Mit Weitblick und auf ihr Bauchgefühl hörend, startete Kati Bauer durch und hatte 2010 bereits fünf „Die Brillenbauer“-Filialen eröffnet.

**Geschäft in bester Dresden-Lage**

Mittlerweile sind daraus 16 Filialen mit insgesamt 60 Mitarbeitern geworden – zwölf eigene und vier Franchise-Unternehmen. Darunter ist eine Filiale in der besten Lage Dresdens nahe der Kreuzkirche. Das Erfolgsrezept dahinter: harte Arbeit mit zahlreichen Weiterbildungen und der unbändigen Glaube daran, dass die eigene Idee funktioniert. „Ich musste mich auch gegen Neid

und Kritik alteingesessener Kollegen in der Branche behaupten“, erzählt die Geschäftsfrau. „Es liegt aber in meinem Wesen, Menschen auch in Krisenzeiten zu motivieren. Also haben wir diese schwere Zeit gemeinsam mit den Mitarbeitern geschafft.“

Doch was ist das Geheimnis hinter der Erfolgsgeschichte? Die Firmenchefin nennt zwei Hauptgründe: Kundenzufriedenheit und Begeisterung der Mitarbeiter. Dass Begeisterung vorhanden ist, bestätigt Mitarbeiterin Verena Potratz. „Das Brillentragen ist für uns alle zu einer großen Freude geworden“, sagt sie. „Sogar zu einer Art Sucht. Wir alle tragen auch im Alltag eine Brille, selbst wenn wir gar keine bräuchten. Wenn man den ganzen Tag von so tollen Modellen umgeben ist, will man die auch auf der Nase haben.“ Ihre Chefin fügt hinzu: „Meine Mitarbeiter müssen Spaß an der Arbeit haben. Das will ich ihnen vermitteln. Sie sind alle zu Freunden gewor-

den. Ich würde für jeden von ihnen durchs Feuer gehen.“

Die Brillen werden bei verschiedenen Herstellern bestellt. In den unternehmens-eigenen Werkstätten werden sie auf die speziellen Anforderungen der Kunden hin bearbeitet, mit Gläsern versehen und angepasst. Knapp 10000 Modelle aus verschiedenen Materialien haben die Filialen vorrätig. „Da findet sich für jeden die richtige Brille. Das versprechen wir“, sagt Kati Bauer. Dass dieses Selbstvertrauen gerechtfertigt ist, zeigt ihre beeindruckende Erfolgsgeschichte. Auch privat hat Kati Bauer ihr Glück gefunden. 2011 und 2012 bekam sie zusammen mit ihrem Partner zwei Töchter. „Die Kinder machen unser Leben komplett“, sagte die Geschäftsführerin. „Beruf und Familie lassen sich trotz der Selbstständigkeit sehr gut vereinen.“ (fp)

web diebrillenbauer.de

**Sachsen hat nichts gegen Lang-Lkw**

Hannover/Dresden. Wenige Monate vor Ende des Feldversuchs herrscht in den Verkehrsministerien der Länder große Uneinigkeit über einen möglichen Regelbetrieb von Lang-Lkw auf deutschen Straßen. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur unter den zuständigen Ministerien. Wie seine Kollegen in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein steht auch Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig (SPD) den 25 Meter langen Lastwagen grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, allerdings ohne Ambitionen für eine besondere Förderung. „Unser Ziel ist es, das steigende Verkehrsaufkommen im Güterverkehr möglichst ohne zusätzliche Lkw-Transporte abwickeln zu können“, sagte er.

Auf klare Ablehnung stoßen die Lang-Laster dagegen bei der neuen schwarz-rot-grünen Landesregierung in Sachsen-Anhalt und in Bremen. Auch die thüringische Verkehrsministerin Birgit Keller (Linke) zeigte sich skeptisch. In Düsseldorf will Verkehrs-

minister Michael Groschek (SPD) nach wie vor nur die 17,80 Meter langen „Euro-Trailer“ erlauben. Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Brandenburg und Hessen wollen erst die Ergebnisse des Feldversuchs abwarten und sich dann entscheiden.

Seit 2012 rollen die bis zu 25,25 Meter lange Lastwagen auf deutschen Straßen. Inzwischen läuft der Test in 13 von 16 Ländern. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat sein Votum für einen Regelbetrieb schon gegeben: „Ich rechne weiter mit sehr positiven Ergebnissen und habe dem Gewerbe die Zusage gegeben, dass wir in diesem Fall mit dem Lang-Lkw in den Regelbetrieb gehen“, sagte er jüngst.

„Wenn sächsische Logistik-Unternehmen zukünftig Lang-Lkw in ihren Fuhrpark integrieren, dann stehen wir dem nicht im Weg“, sagte Minister Dulig. Möglichkeiten, die Nutzung zu befördern, sehe er aber nicht. „Das betrifft insbesondere auch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur.“ (dpa)

**Weiter auf Erfolg - trotz Brexit**

Die G20-Staaten verbreiten demonstrativ Zuversicht für die Weltwirtschaft.

Chengdu. Die Top-Volkswirtschaften (G20) sehen sich für negative Folgen eines möglichen EU-Austritts Großbritanniens gut gewappnet. Nach zweitägigen Beratungen gaben sich die Finanzminister und Notenbankchefs der G20 am Sonntag demonstrativ zuversichtlich, auch wenn das Brexit-Votum zusätzliche Unsicherheiten für die Weltwirtschaft schaffe. „Die Länder der G20 sind gut aufgestellt, um proaktiv potenzielle wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen anzugehen, die sich aus dem Votum im Vereinigten Königreich ergeben“, hieß es in der Abschlusserklärung im chinesischen Chengdu.

„Für die Zukunft hoffen wir, dass das Vereinigte Königreich ein enger Partner der EU ist“, heißt es in dem Papier weiter. Mit ihren Beratungen bereiteten die Finanzminister und Notenbankchefs den G20-Gipfel am 4. und 5. September in der

chinesischen Stadt Hangzhou vor. China hält in diesem Jahr erstmals die G20-Präsidentschaft, bevor sie im nächsten Jahr von Deutschland übernommen wird.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sieht zwar Unsicherheiten durch das Brexit-Votum, doch bestehe Einigkeit in der G20, dass die Weltwirtschaft ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen werde – mit insgesamt verhaltenem Tempo und einer leichten Verstärkung im Jahr 2017. Auch in Deutschland sei die Konjunktur weiter kräftig. 2018 sei aber „eine begrenzte Bremswirkung“ zu erwarten.

Die Diskussionen über sozial gerechtere Steuersysteme nutzte Schäuble für eine überraschende deutsche Initiative zur Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte auf globaler Ebene. Eine europäische Lösung allein bringe wenig. Alle seien sich einig, dass es richtig wäre, eine Besteuerung von Finanztransaktionen weltweit einzuführen. Sein Aufschlag sei gelungen, sagte Schäuble. Wenn die größten Ökonomien und Finanzplätze mitzögen, erhöhe dies den Druck auf andere Finanzzentren und Steueroasen. (dpa)